

Rede der CDU-Fraktion

TOP 9 – Jahresabschlüsse 2025

TOP 8 – GRN Gesundheitszentren Rhein-Neckar

TOP 7 – Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte meine Ausführungen bewusst nicht entlang der Reihenfolge der Tagesordnung halten.

Denn aus unserer Sicht gehören diese drei Tagesordnungspunkte untrennbar zusammen.

Der Jahresabschluss zeigt uns, wo wir heute stehen.

Die Situation unserer GRN macht deutlich, welche zusätzlichen Herausforderungen auf uns zukommen.

Und mit der Einrichtung der Haushaltsstrukturkommission beraten wir heute darüber, wie wir gemeinsam die richtigen Antworten auf diese Entwicklung finden können.

Deshalb beginne ich mit dem Blick zurück. **Denn nur wer die Realität ehrlich anerkennt, kann Verantwortung für die Zukunft übernehmen.**

Jahresabschluss

Der Jahresabschluss 2025 ist weit mehr als ein Zahlenwerk.

Er ist eine sachliche Bestandsaufnahme der finanziellen Situation unseres Landkreises.

Und diese Bestandsaufnahme fällt ernüchternd aus.

Ein bereinigtes Defizit von rund 15 Millionen Euro.

Negative liquide Eigenmittel.

Ein Fehlbetrag, der in die kommenden Jahre vorgetragen werden muss.

Und Sozialaufwendungen, die seit Jahren deutlich stärker steigen als unsere finanziellen Möglichkeiten.

Diese Zahlen überraschen vermutlich niemanden mehr.

Aber sie machen eines unmissverständlich deutlich:

Unsere finanziellen Spielräume werden immer kleiner.

Deshalb dürfen wir diesen Jahresabschluss heute nicht einfach zur Kenntnis nehmen und anschließend zur Tagesordnung übergehen.

Er ist ein klarer Auftrag zum Handeln.

Ein „Weiter so“ kann es nicht mehr geben.

Unser oberstes Ziel muss wieder die dauerhafte finanzielle Handlungsfähigkeit des Rhein-Neckar-Kreises sein.

Dabei möchte ich ausdrücklich eines festhalten:

Der Rhein-Neckar-Kreis ist mit dieser Entwicklung keineswegs allein.

Nahezu alle Landkreise in Baden-Württemberg kämpfen mit denselben strukturellen Problemen.

Die Sozialausgaben steigen.

Tarifabschlüsse erhöhen dauerhaft die Personalkosten.

Die Anforderungen an die Landkreise wachsen kontinuierlich.

Gleichzeitig hält die Finanzierung des Kreises, in Kombination mit der Finanzkraft unserer Kommunen, mit dieser Entwicklung nicht Schritt.

Deshalb wiederholen wir als CDU-Fraktion auch heute unsere Forderung an Bund und Land:

Wer Aufgaben bestellt, muss sie auch bezahlen.

Und wer Standards erhöht oder neue Aufgaben schafft, muss auch deren Finanzierung dauerhaft sicherstellen.

Das Konnexitätsprinzip darf kein politisches Schlagwort bleiben.

Es muss endlich wieder gelebte Realität werden.

Aber genauso klar möchte ich auch sagen:

Es wäre zu einfach, sämtliche Verantwortung nach Berlin oder Stuttgart zu verlagern.

Ja, wir brauchen bessere Rahmenbedingungen.

Ja, wir brauchen eine auskömmliche Finanzierung kommunaler Aufgaben.

Aber wir müssen gleichzeitig bereit sein, auch unsere eigenen Strukturen kritisch zu hinterfragen.

Mit anderen Worten:

Wir müssen unsere Hausaufgaben machen.

Goethes *Faust* beschreibt die Frustration, trotz aller Erkenntnisse nicht entscheidend voranzukommen. Genau das darf für unseren Kreishaushalt nicht gelten. Die Probleme kennen wir. Die Ursachen kennen wir. Jetzt kommt es darauf an, die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Genau dafür tragen wir gemeinsam Verantwortung.

Es mangelt uns nicht an Zahlen. Es mangelt uns nicht an Analysen. Es darf uns nicht am Mut zu den richtigen Entscheidungen mangeln.

Und dass uns diese Zahlen vorliegen haben wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, des Rechnungsprüfungsamtes und aller beteiligten Fachämter zu verdanken. Ein herzliches Dankeschön für ihre sorgfältige und gewissenhafte Arbeit bei der Erstellung und Prüfung der Abschlüsse.

GRN

Meine Damen und Herren,

zu der eben erwähnten Verantwortung gehört heute auch unsere Entscheidung zur GRN.

Die wirtschaftliche Entwicklung unserer GRN bereitet uns große Sorgen.

Trotzdem stimmen wir der Kapitalzuführung heute zu.

Nicht, weil damit alle Probleme gelöst wären.

Sondern weil wir uns als Kreistag fraktionsübergreifend immer klar zu unseren kommunalen Krankenhäusern bekannt haben.

Zu dieser Verantwortung stehen wir auch heute.

Es geht um Verantwortung für die medizinische Versorgung der Menschen im Rhein-Neckar-Kreis.

Es geht um Verantwortung für die Beschäftigten.

Und es geht um Verantwortung für die Zukunft unserer kommunalen Krankenhäuser.

Gleichzeitig dürfen wir uns nichts vormachen.

Auch eine Krankenhausreform wird die wirtschaftlichen Herausforderungen nicht von heute auf morgen lösen.

Der Restrukturierungsprozess wird weitergehen müssen.

Dieser wird ohne Finanzmittel des Kreises kaum erfolgreich zu bewältigen sein.

Es wird also hier so oder so erstmal nicht besser.

Und der Landkreis wird folglich auch künftig gefordert sein.

Gerade deshalb brauchen wir einen leistungsfähigen Kreishaushalt.

Denn nur ein finanziell handlungsfähiger Landkreis kann seiner Verantwortung dauerhaft gerecht werden.

Gleichzeitig erwarten wir, dass der eingeschlagene Restrukturierungsprozess konsequent und ohne Denkverbote fortgeführt wird. Wirtschaftliche Vernunft und eine gute medizinische Versorgung dürfen keine Gegensätze sein.

Haushaltsstrukturkommission

Und damit komme ich zum eigentlichen Kern der heutigen Sitzung.

Herr Landrat Just,

Sie sind noch keine hundert Tage im Amt.

Niemand erwartet in dieser kurzen Zeit Wunder.

Aber wir erwarten, dass Verantwortung übernommen wird.

Genau das geschieht heute.

Mit der Einrichtung der Haushaltsstrukturkommission lösen Sie eines Ihrer zentralen Versprechen ein.

Zugleich greifen Sie eine Forderung auf, die aus der Mitte dieses Kreistages immer wieder erhoben wurde.

Sie schaffen damit die Grundlage dafür, dass Verwaltung und Politik gemeinsam Lösungen erarbeiten können.

Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Die CDU-Fraktion begrüßt die Einrichtung dieser Kommission ausdrücklich.

Es geht nicht um ein kurzfristiges Sparprogramm.

Es geht um eine nachhaltige strukturelle Konsolidierung unseres Haushalts.

Mit dem klaren Ziel, die finanzielle Handlungsfähigkeit unseres Landkreises dauerhaft zu sichern.

Denn heute beginnt nicht mehr die Diskussion über Probleme.

Heute beginnt die gemeinsame und zielgerichtete Arbeit an Lösungen.

Auch wir als CDU-Fraktion haben die vergangenen Wochen intensiv genutzt.

Wir haben zahlreiche Gespräche geführt.

Innerhalb unserer Fraktion.

Mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

Mit Menschen aus Verwaltung, Wirtschaft; Beteiligungsgesellschaften und unterschiedlichen Fachbereichen.

Dabei hat sich schnell gezeigt:

Es gibt keinen Mangel an Ideen.

Vielmehr besteht ein bemerkenswert großer Konsens darüber, wo die wesentlichen Handlungsfelder liegen:

Es geht um eine konsequente Priorisierung unserer Investitionen.

Um die regelmäßige Überprüfung von Standards und freiwilligen Leistungen.

Um eine moderne, effiziente Verwaltung.

Um einen verantwortungsvollen Einsatz unseres Personals.

Um eine noch wirksamere Steuerung der Sozialausgaben.

Und um den kritischen Blick auf unsere Beteiligungen.

Nicht weil wir Leistungen abbauen wollen. Sondern weil wir sie dauerhaft erhalten wollen.

Dabei gilt für uns ein klarer Grundsatz:

Pflichtaufgaben haben Vorrang.

Aber auch Pflichtaufgaben müssen wirtschaftlich erfüllt werden.

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik bedeutet nicht nur, zusätzliche Mittel einzufordern.

Sie bedeutet vor allem, mit den vorhandenen Mitteln verantwortungsvoll, wirtschaftlich und nachhaltig umzugehen. Dies sollte nicht nur der eigene Anspruch an Verwaltung und uns selbst sein. Denn – und das sollte uns allen bewusst sein - es ist genau das, was die Bürgerinnen und Bürger erwarten und wofür sie uns gewählt haben.

Und verantwortungsvolle Haushaltspolitik bedeutet auch, Prioritäten zu setzen.

Nicht alles Wünschenswerte wird künftig sofort finanzierbar sein.

Neue Standards müssen sich ebenso an ihrer dauerhaften Finanzierbarkeit messen lassen wie bestehende Leistungen an ihrer Wirkung und ihrem Nutzen.

Dabei möchte ich einen Gedanken besonders hervorheben.

Die Verwaltung verfügt über die Fachkompetenz.

Sie kennt die Strukturen.

Sie kennt die Prozesse.

Und sie kennt die finanziellen Auswirkungen möglicher Maßnahmen.

Deshalb sehen wir die Verwaltung bei der Erarbeitung fundierter Konsolidierungsvorschläge in einer Schlüsselrolle.

Aufgabe der Politik, also für uns Kreisrätinnen und Kreisräte ist es, auf dieser Grundlage Prioritäten zu setzen und Verantwortung für die Entscheidungen zu übernehmen.

Genau dieses Zusammenspiel entscheidet über den Erfolg der Haushaltsstrukturkommission.

Ein Wegducken darf es dabei nicht geben. Verantwortung zeigt sich nicht in der Analyse, sondern in der Bereitschaft, die notwendigen Entscheidungen auch zu treffen.

Und genau darin liegt unsere Chance.

Wir müssen nicht jede Idee neu erfinden.

Wir müssen keine parteipolitischen Gegensätze pflegen.

Wir müssen gemeinsam die Maßnahmen identifizieren, die tatsächlich Wirkung entfalten.

Am Ende wird niemand fragen, wie viele Vorschläge und Empfehlungen diese Kommission erarbeitet hat.

Entscheidend wird sein, ob sie unseren Landkreis dauerhaft wieder finanziell handlungsfähig gemacht hat.

Und daran werden wir uns alle messen lassen müssen.

Schluss

Meine Damen und Herren,

die heutige Sitzung markiert einen wichtigen Zeitpunkt.

Die Jahresabschlüsse zeigen uns unmissverständlich, wo wir stehen.

Die Situation der GRN macht deutlich, welche Verantwortung wir tragen.

Und mit der Haushaltsstrukturkommission schaffen wir heute die Grundlage dafür, unsere Finanzen nachhaltig zu stabilisieren.

Dafür brauchen wir Ehrlichkeit.

Wir brauchen Mut.

Wir brauchen Augenmaß.

Und wir brauchen die Bereitschaft, Entscheidungen nicht danach zu treffen, ob sie bequem sind, sondern danach, ob sie richtig sind.

Wenn uns das gelingt, dann werden wir in einigen Jahren auf diese Sitzung vielleicht nicht deshalb zurückblicken, weil wir einen weiteren Jahresabschluss festgestellt haben.

Sondern weil wir heute gemeinsam den Beginn eines notwendigen Kurswechsels angegangen sind.

Die finanzielle Konsolidierung des Rhein-Neckar-Kreises ist keine Aufgabe einer einzelnen Fraktion.

Sie ist auch nicht allein Aufgabe der Verwaltung.

Sie ist eine gemeinsame Verantwortung dieses gesamten Kreistages.

Die CDU-Fraktion ist bereit, diesen Weg konstruktiv, verantwortungsvoll und mit der notwendigen Entschlossenheit mitzugehen.

Demnach stimmen wir allen Beschlussvorschlägen zu den TOP 7-9, 9a-c, zu.

Herzlichen Dank.

gez. Brandt